

Andrea Löw

„Die Lage ist unter diesen Umständen sehr unsicher“

Briefe deportierter Wiener Juden vom Herbst 1939 bis zum Frühjahr 1940 an die Israelitische Kultusgemeinde Wien

„Ich möchte den Anlass nicht vorüber gehen lassen, ohne wie schon so oft nachdrücklichst festzustellen, dass die Mitwirkung der Kultusgemeinde bei diesen Aktionen nicht ihrer Initiative entsprang und einzig und allein von der Absicht geleitet war, die Nominierung der Teilnehmer an den Transporten und die Durchführung der letzteren selbst unter möglicher Vermeidung von Härten zu bewirken. Dies ist uns, soweit es die Verhältnisse möglich machten, auch gelungen. Auf die weitere Entwicklung der Angelegenheit sind wir leider ganz ohne jeden Einfluss.“¹

Diskussionen über die richtige Verhaltensweise angesichts von Verfolgung und Deportation begannen zeitgleich mit den Ereignissen. Die Wiener Jüdische Gemeinde musste dies bereits nach dem „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland und verstärkt nach Beginn des Zweiten Weltkriegs erfahren. In zwei Transporten wurden am 20. und am 26./27. Oktober 1939 knapp 1.600 Juden² aus Wien in den Osten der von den Deutschen eroberten polnischen Gebiete deportiert und dort mehr oder weniger sich selbst überlassen. Bald befanden sie sich in einer dramatischen Lage. Sie gelangten nahezu mittellos in kleine ost-

1 Dokument 8, S. 623 (siehe Fußnote 3) – IKG Wien an Siegmund Flieger, 7. 1. 1940.

2 Es waren keine Jüdinnen darunter, daher wird nur die männliche Form benutzt. Der Einfachheit halber und aus Gründen der besseren Lesbarkeit ist in der Folge von „Juden“ die Rede, auch wenn es sich teilweise um eine durch die Nationalsozialisten vorgenommene Fremdzuschreibung handelte. Zur Problematik des Begriffes siehe Raphael Utz, Die Sprache der Shoah: Verschleierung – Pragmatismus – Euphemismus, in: Jörg Ganzenmüller / Raphael Utz (Hrsg.), Orte der Shoah in Polen. Gedenkstätten zwischen Mahnmal und Museum, Köln–Weimar–Wien 2016, S. 25–48.

polnische Ortschaften, in denen sie sich nun zurechtfinden mussten. Sie fühlten sich völlig alleingelassen und wandten sich in verzweifelten Schreiben an die Israelitische Kultusgemeinde Wien.

Briefe in einer Akte aus den Beständen der IKG Wien dokumentieren die kurze Phase von wenigen Monaten nach den Deportationen in die Gegend von Nisko im Herbst 1939 bis zum letzten Schreiben eines der Verschleppten vom März 1940.³ Wie in einem Brennglas deutete sich in diesen Briefen bereits der große Konflikt zwischen jüdischen Repräsentanten und „normaler“ jüdischer Bevölkerung an, der später in den Ghettos und im Zusammenhang mit den Deportationen in die Vernichtungslager eine so große Rolle spielen sollte. Im Zentrum dieses Beitrags stehen die Lage der verschleppten Juden, ihre Interpretation dieser Situation und vor allem der daraus resultierende Konflikt zwischen ihnen und der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde. In diesen für die Holocaustforschung so wichtigen Zusammenhang sollen die Briefe im Folgenden gestellt werden.⁴

Es geht weniger um die deutschen Planungen und Diskussionen – diese bildeten den Rahmen und die notwendige Voraussetzung für die hier dokumentierten Geschehnisse im Herbst 1939 und Frühjahr 1940: Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen und damit der Beginn des Zweiten Weltkriegs eröffneten dem NS-Regime neue Perspektiven im Hinblick auf die angestrebte „Lösung der Judenfrage“ – dies meinte zu diesem Zeitpunkt freilich noch eine territoriale Lösung. Verschiedene Institutionen im Reich entwickelten Umsiedlungspläne, deren jeweiliges Scheitern zu immer radikaleren Überlegungen führte. Mit Kriegsbeginn waren Umsiedlungsaktionen in großem Maßstab möglich, und sofort begannen erste Experimente. Adolf Eichmann, der Leiter der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung, erhielt am 6. Oktober 1939 von Gestapo-Chef Heinrich Müller den Auftrag, Transporte von Juden aus Mährisch-Ostrau im „Protektorat Böhmen und Mähren“ und aus dem schlesischen Kattowitz in das Gebiet des kurz danach gebildeten Generalgouvernements vorzubereiten. Eichmann fügte den Ausgangsorten noch Wien hinzu,

- 3 Diese Briefe stammen aus einer Akte, deren Original in den Central Archives for the History of Jewish People in Jerusalem aufbewahrt werden. Die Verfasserin hat sie auf Mikrofilm im Archiv der IKG Wien eingesehen: Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W2747. In diesem Artikel wird nach dem Abdruck der Dokumente in der in Fußnote 4 genannten Dokumentation (Löw, Hilferufe) unter Angabe der Dokumentennummer und Seitenzahl zitiert.
- 4 Dies ist eine ergänzte und aktualisierte Fassung der Dokumentation Andrea Löw, Hilferufe aus dem besetzten Polen. Briefe deportierter Wiener Juden vom Herbst 1939 bis zum Frühjahr 1940, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (2012), S. 603–633.

„Die Lage ist unter diesen Umständen sehr unsicher“ 209

wo ihm Gauleiter Josef Bürckel nur allzu gern die Vollmacht erteilte. In Wien übertrafen sich nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 verschiedene Stellen mit Vorschlägen, wie man sich, vor allem angesichts des dramatischen Wohnraummangels, der jüdischen Bevölkerung entledigen könnte.



Am 18. März 1938 wurde im Amtsgebäude der Israelitischen Kultusgemeinde Wien eine Razzia durchgeführt. Die anwesenden Gemeindebeamten, darunter Amtsdirektor Dr. Josef Löwenherz sowie der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Dr. Desider Friedmann und Vizepräsident Oberbaurat Ing. Robert Stricker, wurden verhaftet.

DÖW

Bis zum Kriegsbeginn waren bereits nahezu zwei Drittel der Juden aus Österreich geflohen und große Mengen vormals jüdischer Habseligkeiten, Geschäfte, Wohnungen und Häuser hatten den Besitzer gewechselt. In Wien lebten zu diesem Zeitpunkt noch rund 70.000 nach den Nürnberger Gesetzen definierte Juden und Jüdinnen. Am 20. Oktober 1939 wurden 912, am 26./27. Oktober 672 Juden von Wien nach Nisko am San deportiert. Doch schon der dritte Wiener Transport fuhr nicht mehr ab, die für diesen konzentrierten Wiener Jüdinnen – diesmal waren auch Frauen dabei – und Juden mussten zwar noch eine Zeit lang auf ihre (vorläufige) Freilassung warten, wurden aber nicht deportiert. Müller hatte angeordnet, dass sämtliche Transporte künf-

tig von seiner Dienststelle genehmigt werden mussten, und am 21. Dezember gab er bekannt, Himmler habe die Fortführung der Deportationen „bis auf weiteres“ untersagt. Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt 5.000 Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz verschleppt worden.⁵

Die Organisation der Deportationen aus Wien nach Nisko hatte ein Monat nach Kriegsbeginn Gestalt angenommen: Am 10. Oktober 1939 wies SS-Obersturmbannführer Rolf Günther von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Amtsdirektor der IKG Wien Josef Löwenherz an, 1.000 bis 1.200 gesunde jüdische Männer auszuwählen, die in Nisko am San, unweit von Lublin, angesiedelt werden sollten. Zudem sollten sich Berthold Storfer, der Leiter des „Ausschusses für jüdische Überseetransporte“⁶, Mosche Grün vom Wiener „Palästina-Amt“ sowie Benjamin Murrelstein und Julius Boschan von der Kultusgemeinde bei Eichmann in Mährisch-Ostrau einfinden, wo als Filiale der im Juli 1939 gegründeten Prager Zentralstelle ebenfalls vorübergehend eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung eingerichtet worden war. Dort trafen sie auf Jakob Edelstein und Richard Friedmann von der Jüdischen Kultusgemeinde Prag. Sie begleiteten am 18. Oktober den ersten Transport aus Mährisch-Ostrau in die Gegend von Nisko am San.⁷

Das Lager am Zielort, Zarzecze in der Nähe von Nisko, musste erst noch gebaut werden. Daher hatte Löwenherz in Wien die Anweisung bekommen, den zu Deportierenden aufzutragen, sich mit Werkzeugen „wie Beilen, Sägen,

5 H. G. Adler, *Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland*, Tübingen 1974, S. 126–140; Hans Safrian, *Eichmann und seine Gehilfen*, Frankfurt/M. 1995, S. 68–86; Götz Aly, „Endlösung“. *Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden*, Frankfurt/M. 1998, S. 29–92; Christopher R. Browning, *Die Entfesselung der „Endlösung“*. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, Berlin 2003, S. 65–69; Wolf Gruner, *Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland. Neue Perspektiven und Dokumente*, in: Birthe Kundrus / Beate Meyer (Hrsg.), *Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945*, Göttingen 2004, S. 21–62; Mečislav Borák, *První deportace evropských Židů. Transporty do Niska nad Sanem (1939–1940)*, Ostrava 2009.

6 Zu Storfer vgl. Gabriele Anderl, „9096 Leben“. *Der unbekannteste Judenretter Berthold Storfer*, Berlin 2012.

7 Jonny Moser, *Nisko. Die ersten Judendeportationen*, Wien 2012, S. 34–41. Moser hatte schon früher zu Nisko publiziert, vgl. Jonny Moser, „Nisko“. *The First Experiment in Deportation*, in: *The Simon Wiesenthal Center Annual 2* (1985), S. 1–30; ders., *Zarzecze bei Nisko*, in: Wolfgang Benz / Barbara Distel (Hrsg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bd. 9, München 2009, S. 588–596. Siehe auch Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945*, Wien 1978, S. 215–218; Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt/M. 2000, S. 197–203.

„Die Lage ist unter diesen Umständen sehr unsicher“ 211

Spaten, Tischlerwerkzeug“ auszurüsten.⁸ Die erhaltenen Aktennotizen des Leiters der Kultusgemeinde über Vorsprachen in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung zeigen, wie konkret die Vorgaben waren, die er weitergeben bzw. umsetzen musste. Zu diesen Anweisungen gehörte auch, dass die IKG die zu Deportierenden aussuchte: „Die Kultusgemeinde hat 1000–1200 auswanderungs- und arbeitsfähige Männer auszuwählen und in einer Liste, die mit laufenden Nummern zu versehen ist, zu verzeichnen. Es handelt sich in erster Linie um Handwerker aller Art, insbesondere Tischler, Zimmerleute und Techniker.“ Telefonisch hinzugefügt wurde noch die Order, vor allem mittellose Juden zu deportieren. Die Kultusgemeinde sollte also die zu Deportierenden anhand solcher Vorgaben der Zentralstelle auswählen und auch selbst verständigen.⁹

Des Weiteren oblag es der Kultusgemeinde, eine Transportleitung zu benennen und zu organisieren, dass jeweils zehn Ärzte mitfahren. Entgegen der Weisung von Hans Günther¹⁰ setzte Löwenherz zunächst auf sozusagen freiwillige Meldungen zur Abreise in das neue „Siedlungsgebiet“. Doch auch diese Vorgehensweise stieß bei den Betroffenen auf breite Ablehnung.¹¹ Die Liste der „Freiwilligen“ reichte jedenfalls nicht aus und die Zentralstelle für jüdische Auswanderung ergänzte schließlich anhand der ihr vorliegenden Namenskartei die Deportationslisten. Den Teilnehmern des ersten Transports ging eine Weisung der Gemeinde zu, in der mit deutlichen Worten gemahnt, gleichzeitig die guten Absichten der Kultusgemeinde versichert wurden:

„Wir sind verpflichtet, Sie mit allem Nachdruck darauf aufmerksam zu machen, daß ein Fernbleiben von dem Transport für Sie mit den schwersten Unannehmlichkeiten verbunden wäre. Sollten Sie zur angegebenen Zeit nicht auf dem Sammelplatz erscheinen, so würden Sie durch Polizeior-gane aus Ihrer Wohnung geholt werden. Wir bitten Sie, überzeugt zu sein, daß seitens der Kultusgemeinde alles getan wird, was unter den gegebenen

8 Aktennotiz über die Vorsprache [Löwenherz] bei Herrn SS Obersturmführer Günther am 15. d. M., in: Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 465.

9 Aktennotiz über die Vorsprache des Gefertigten [Löwenherz] bei Herrn SS-Obersturmführer Günther in der Zentralstelle für jüd. Auswanderung am 10. Oktober 1939, 2.15 Uhr nachm.; in: Ebenda; Vollständiger Bericht von Dr. Löwenherz über die Tätigkeit Eichmanns und Brunners in Wien – Prag – Berlin 1938–45, zusammengestellt durch Tuvia Friedman, Haifa 1995, S. 17.

10 Die Brüder und SS-Sturmbannführer aus Erfurt Hans und Rolf Günther arbeiteten beide zu diesem Zeitpunkt in Eichmanns Zentralstelle in Wien.

11 Moser, Nisko, S. 39.

Umständen möglich ist, um die bei einem derartigen Transport unvermeidlichen Härten zu mildern.“¹²

Da die Verständigung durch die IKG erfolgen musste, hatte die jüdische Bevölkerung keinen Kontakt zu deutschen Stellen: Weder die Gestapo, die SS, die Zentralstelle noch das Reichssicherheitshauptamt traten den Betroffenen gegenüber in Erscheinung, und wie später in den Ghettos ging auch hier die Taktik der Nationalsozialisten auf, die jüdischen Repräsentanten zwischen sich und die jüdische Bevölkerung zu stellen. Den deutschen Machthabern ersparte dies einiges an Organisation. Seitdem Eichmann im Frühjahr 1938 die Israelitische Kultusgemeinde Wien unter Vorsitz von Löwenherz so reorganisiert hatte, dass sie im Wesentlichen seine Anweisungen umsetzte, galt diese Art der bevormundeten Selbstverwaltung als Modell für den Umgang mit anderen jüdischen Organisationen, so der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und der Jüdischen Kultusgemeinde in Prag.¹³ Die jüdischen Funktionäre gerieten in eine verzweifelte Situation. Sie standen in absoluter Abhängigkeit von den deutschen Behörden, daran hatte Eichmann von Anfang an keinen Zweifel gelassen. Schon bei ihrem ersten Treffen hatte er Löwenherz geohrfeigt. Ein Mitarbeiter der IKG Wien, Moritz Fleischmann, erinnert sich an die Zwangslage, in der der Vorsitzende der Gemeinde sich stets befand: „Löwenherz machte sich dann auf den Weg zu Eichmann, jeder Weg zu Eichmann war für ihn ein Canossagang.“¹⁴ Zugleich versuchten die MitarbeiterInnen der Gemeinde, mit den geringen Mitteln, die ihnen noch verblieben waren, jüdisches Leben zu organisieren, die zunehmend verarmte Bevölkerung zu versorgen und zu unterstützen. Nahezu ausweglos erschien ihre Lage in Fällen wie dem hier Geschilderten. Sie sahen zumeist „keine Alternative zur Strategie der Kooperation“, um das Leben unter der NS-Herrschaft für die jüdische Gemeinde so erträglich wie möglich zu gestalten und – in einer späteren Phase – so viele Leben wie möglich zu retten. Viele von ihnen, so auch Löwenherz, hätten fliehen können, doch wollten sie sich der Verantwortung nicht entziehen. Für Löwenherz mussten zudem andere Funktionäre mit ihrem Leben bürgen.¹⁵

12 Zit. nach Seev Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939, in: VfZ 29 (1981), S. 74–96, hier 88.

13 Zur Lage der Reichsvereinigung siehe Beate Meyer, Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945), Göttingen 2011.

14 Zeugenaussage Moritz Fleischmann im Eichmann-Prozess, 26. 4. 1961, zit. nach David Cesarani, Adolf Eichmann. Bürokrat und Massenmörder. Biografie, Berlin 2004, S. 89; Rabinovici, Instanzen, S. 82–85.

15 Ebenda, S. 402–411, Zitat S. 404.

„Die Lage ist unter diesen Umständen sehr unsicher“ 213

Josef Löwenherz formulierte Eichmann gegenüber im Oktober 1939 durchaus seine Bedenken gegen die Deportationen, auch versuchte er, den Leiter der Zentralstelle zu überzeugen, wenigstens Benjamin Marmelstein in Wien zu belassen, da er ihn dringend vor Ort bräuchte – alles vergebens. So blieb ihm nur noch, um das Vertrauen und Verständnis der Wiener Juden und Jüdinnen zu werben. Auch setzte er, wie geschildert, zunächst auf freiwillige Meldungen zum Transport.¹⁶

Wie sich die Lage aus Sicht der Betroffenen darstellte, zeigt das Tagebuch von Martha Svoboda, deren Bruder zu den nach Polen deportierten Wiener Juden gehörte. Sie notierte am 21. Oktober 1939:

„Gestern ist Onkel Paul abgereist. Mit einem ‚behördlicherseits angeordneten Auswanderertransport‘ nach Polen. Vor zehn Tagen wurde er mit noch vielen anderen Leidensgenossen zur Kultusgemeinde vorgeladen, wo sie aufgefordert wurden, sich freiwillig für die Auswanderung zu melden, in einigen Wochen sollte der Transport abgehen. Falls sich nicht genügend Leute melden sollten, würde die Gestapo die Sache ‚in die Hand nehmen‘. Sonntag kam die Aufforderung, sich für die Abreise in nächster Zeit bereitzuhalten und vorgestern der Befehl, sich am folgenden Tag am Bahnhof einzufinden! Unbeschreiblich unser aller Bestürzung. Von einem Tag auf den anderen mußte alles Nötige besorgt werden, was bei dem schrecklichen Lebensmittel- und Warenmangel auf große Schwierigkeiten stieß. Aber, Glück im Unglück, wenn man solche Freunde besitzt! Dank ihrer Hilfe ist es uns gelungen, Onkel Paul für seine traurige Reise auszurüsten. Kurz war der Abschied, aber schwer war es uns ums Herz. Wer weiß, wann wir uns wiedersehen werden.“¹⁷

Sie sollten sich nicht mehr wiedersehen, aber das konnte die Verfasserin zum damaligen Zeitpunkt nicht wissen.

Die große Täuschung

Löwenherz und seine Kollegen in der IKG wurden von den Verantwortlichen auf zynische Art und Weise getäuscht. So versicherte Rolf Günther Löwenherz

16 Friedman, Löwenherz-Bericht, S. 18. Siehe auch Rabinovici, Instanzen, S. 200.

17 Tagebucheintrag von Martha Svoboda, abgedruckt in: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1939–1945 (VEJ), Bd. 3: Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren. September 1939 – September 1941, bearbeitet v. Andrea Löw, München 2012, Dokument 27, S. 128.

am Bahnhof bei der Abfahrt des ersten Zugs mit Wiener Juden, diese würden ihm noch dankbar sein, Arbeit und gute Verpflegung erwarte sie in ihrem neuen „Siedlungsgebiet“. Und als Löwenherz am 27. Oktober bei Eichmann vorstellig wurde, beruhigte dieser ihn, die ausgesiedelten Juden könnten sich eine neue Existenz aufbauen und würden versorgt. Er könne gern hinfahren und sich selbst davon überzeugen.¹⁸

Wie groß diese Täuschung war, mussten Marmelstein und seine Kollegen vor Ort feststellen: Hier war nichts für die Ankunft mehrerer Tausend Menschen vorbereitet. Nur wenige Wochen nach Kriegsbeginn wurden Juden aus Wien und auch aus anderen Orten, die nun zum Deutschen Reich gehörten, aus ihrer zwar von Einschränkungen und Schikanen geprägten, doch trotzdem noch vertrauten Umgebung, aus ihrer Heimat vertrieben. Aus einem erhalten gebliebenen Brief gehen die furchtbaren Umstände der Fahrt ins Ungewisse hervor:

„Nach 3 Tagen Bahnfahrt, die mit Entbehrungen und seelischen Qualen schlimmster Art verbunden waren – Verbot, den Waggon oder die Kupées zu verlassen, keine Möglichkeit, sich zu waschen, viele Stunden ohne Wasser oder Trinkbares gelassen, hermetisch verschlossene Fenster, unter schwerster Bewachung, Abnahme sämtlicher die Identität kennzeichnender Dokumente u.s.w. – langte man in Nisko a/San an, wo die Auswaggonierung vor sich ging.“¹⁹

Den Zusicherungen der Behörden zum Trotz kamen die Deportierten ins Chaos, nichts war vor Ort vorbereitet. Marmelstein erinnerte sich nach dem Krieg an eine Rede, die Eichmann einen Tag nach ihrer Ankunft hielt und in der er sie zum Barackenbau aufforderte, ebenso dazu, eine Verwaltung des Lagers und dessen medizinische Versorgung zu organisieren:

„Nach der Ansprache wirft uns der Redner einen ironischen Blick zu, leise hinzufügend: ‚Sonst müßt Ihr sterben.‘ Die Worte sind eisig, der Ton aber samtig, fast freundschaftlich.“²⁰

18 Vgl. Friedman, Löwenherz-Bericht; Rabinovici, Instanzen, S. 204 f.

19 Dokument 11, S. 626 (Brief von Wienern in Ulanow an den Joint in Warschau über die Transporte von Wien nach Nisko, 10. 1. 1940).

20 Benjamin Marmelstein, Terezin. Il Ghetto-Modello di Eichmann, Florenz 1961, S. 5, hier zit. nach Rabinovici, Instanzen, S. 206.

„Die Lage ist unter diesen Umständen sehr unsicher“ 215

Die ersten in Zarzecze eingetroffenen Juden machten sich notgedrungen daran, in dem sumpfigen Gelände Baracken für ein Lager zu errichten. Eine Krankenstation wurde unter der Leitung von Ernst Kohn in einem ehemaligen Schulgebäude im nahegelegenen Pysznica errichtet.²¹

Von den Wiener Juden wiesen die SS-Männer vor Ort nur ein paar Dutzend in das Lager ein bzw. gestatteten ihnen, auf dem Gelände zu bleiben. Die meisten vertrieben sie jedoch nach einer Selektion ebenso wie die aus Kattowitz und Hunderte der aus Mährisch-Ostrau Deportierten in Richtung der Ende September von den beiden Mächten neu festgelegten deutsch-sowjetischen Demarkationslinie. Sie wurden unter Schüssen davongejagt, viele konnten in der Panik ihr Gepäck nicht mitnehmen. Zahlreiche Flüchtlinge gelangten auf sowjetisches Territorium, wo die Behörden diejenigen, die sie als politisch unzuverlässig einstufte, in Lagern internierten, wo die meisten von ihnen aufgrund der katastrophalen Bedingungen ums Leben kamen: Sie wurden krank, verhungerten, starben vor Erschöpfung oder erfroren. Die Wiener Juden, die sich etwa nach Lemberg (Lwów, Lviv) durchschlugen, fielen nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 vielfach wieder in deutsche Hände. Auch der Bruder von Martha Svoboda, die in ihrem Tagebuch über seine erzwungene Abreise aus Wien berichtet hatte, war in das Gebiet um Lemberg gelangt und starb vermutlich 1941.²²

Die Vertriebenen, die nicht über die Demarkationslinie gelangten, irrten im Herbst 1939 tagelang durch den Osten der vom Deutschen Reich eroberten Gebiete. Viele, die zunächst noch ihr Gepäck hatten retten können, ließen irgendwann ihre Koffer zurück, da sie zu entkräftet waren, andere wurden Opfer von Raubüberfällen. Gerade die älteren Vertriebenen waren den Bedingungen nicht gewachsen. Im eben bereits zitierten Brief werden diese Strapazen eindrucksvoll geschildert:

„Der Marsch dorthin war für die meisten Teilnehmer eines ihrer schlimmsten Erlebnisse. Abgesehen von dem Umstand, dass der Weg zum grossen Teil durch von Banditen und Wegelagerern unsicher und gefährlich gemachtes Gebiet führte, gab es dort Hindernisse, die an die körperliche Konstitution des Einzelnen die schwersten Anforderungen stellte. Kranke, alte und körperlich nicht auf der Höhe befindliche Menschen mussten durch

21 Moser, Nisko.

22 Von den etwa 1.350 Wiener Juden, die nach Nisko deportiert worden waren und auf sowjetisches Gebiet geflohen waren, kehrten nach dem Krieg etwa 80 Männer zurück. Siehe Moser, Nisko, S. 163–166.

Wasser, das ihnen oft bis zum Hals reichte, und Sümpfe gehen und die Fuhrleute nützten die Notlage durch Erpressungen der schlimmsten Art aus, versagten den Dienst und forderten immer wieder höheren Fuhrlohn. Inzwischen war die Dunkelheit herangebrochen und der Marsch durch dieses Sumpfbereich bedeutete leider für einige der Teilnehmer den Verlust ihres Lebens. Unfähig, sich zu orientieren, verloren sie in der Dunkelheit die Richtung und wurden nicht mehr gesehen.“²³

Benjamin Murrelstein erinnerte sich Jahre später im Gespräch mit Claude Lanzmann daran: „[...] für die alten Leute war Nisko Vernichtung“.²⁴

Die verzweifelt umherirrenden Wiener Juden ließen sich dann in verschiedenen Ortschaften notdürftig nieder. In Ulanów, Włodawa, Zamość, Przemyśl, Bełżec und dem bereits genannten Pysznica waren sogenannte Exposituren eingerichtet worden.²⁵ Dieses Szenario der herumirrenden Vertriebenen sollte sich nur wenig später wiederholen, als aus den ins Reich eingegliederten Gebieten wie dem „Reichsgau Wartheland“ im Zusammenhang mit Germanisierungs- und Umsiedlungsprojekten Polen und Juden ebenfalls in das sogenannte Generalgouvernement vertrieben wurden, um Platz zu machen für „Volksdeutsche“ aus anderen Gebieten – Völkerverschiebungen, die den Vorrang gegenüber den hier durchgeführten Plänen erhielten und in deren Zusammenhang auch der Stopp der Deportationen nach Nisko stand. In der Folgezeit kam es immer wieder zu derartigen Situationen, u. a. im Zusammenhang mit den Deportationen von Wiener Juden in den Distrikt Lublin im Frühjahr 1941.²⁶

In diesem Herbst 1939 waren die Juden aus Wien, weitgehend mittellos, hineingeworfen in eine ihnen völlig unbekannte Welt, angewiesen auf die Hilfe der lokalen Bevölkerung, die in dieser verarmten Region oft selbst kaum ein Auskommen hatte. Unter diesen Bedingungen mussten sie versuchen, sich und ihr Leben neu zu organisieren. Bald gab es in jedem der Orte Vorsitzende der jeweiligen Wiener Gruppe.

23 Dokument 11, S. 627.

24 Zit. nach Lisa Hauff, Zur politischen Rolle von Judenräten. Benjamin Murrelstein in Wien 1938–1942, Göttingen 2014, S. 196.

25 Zu den Versuchen und Problemen, auf sowjetisches Gebiet zu fliehen, aber auch das Leben vor Ort zu organisieren, siehe ausführlich: Moser, Nisko.

26 Maria Rutkowska, Wysziedlenia ludności polskiej z Kraju Warty do Generalnego Gubernatorstwa 1939–1941, Poznań 2003; Andrea Löw, Die frühen Deportationen aus dem Reichsgebiet von Herbst 1939 bis Frühjahr 1941, in: Susanne Heim / Beate Meyer / Francis R. Nicosia (Hrsg.), „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“. Deutsche Juden 1938–1941, Göttingen 2010, S. 59–76.

„Die Lage ist unter diesen Umständen sehr unsicher“ 217

Ungewissheit und Vorwürfe

Dies war die Situation, in der die Vertriebenen Briefe vor allem nach Wien schickten. Diese geben erschütternde Einblicke in das Leben der deportierten Wiener Juden, deren Zukunft völlig ungewiss war. Sie wussten weder, wie lange sie hier bleiben mussten, ob ihre Frauen und Familien nachgeschickt würden. Für den Moment mussten sie irgendwie durchkommen.

Der oben zitierte Brief der etwa 40 Wiener Juden in Ulanów vom 10. Januar 1940 an die amerikanische Hilfsorganisation *American Jewish Joint Distribution Committee* ging auch auf die Lebensbedingungen vor Ort ein:

„Über die Situation der Wiener Juden in Ulanow ist nicht sehr viel zu sagen. Sie verschlechtert sich von einem Tag auf den anderen. Die jüdische Bevölkerung Ulanows ist arm und nicht in der Lage zu helfen, die polnische steht den Juden streng ablehnend gegenüber. [...] Die Lage ist unter diesen Umständen sehr unsicher, man weiss buchstäblich nicht, was der nächste Tag bringt und ob nicht etwaige Verfehlungen der lokalen Behörden den Weitermarsch ins Ungewisse zur Folge haben können. Alle Bemühungen mit der Wiener Kultusgemeinde in Kontakt zu treten und von ihr Hilfe zu erlangen, sind leider bisher ohne Erfolg geblieben. Die Wiener Kultusgemeinde soll zwar, wie wir hören, Verschiedenes unternommen haben, um uns zu helfen; bisher haben alle diese Versuche leider keinen praktischen Erfolg gezeitigt. Im Hinblick auf diesen Umstand ist also die Stimmung unter den Wiener Juden in Ulanow mehr als gedrückt, die Sorge, was in der allernächsten Zeit mit uns und unseren Angehörigen in Wien geschieht, lastet in schwerster Weise auf uns.“²⁷

Nicht nur war die Lage der Wiener Juden also von Unsicherheit geprägt. Sie fühlten sich zudem von denjenigen im Stich gelassen, die sie in der Verantwortung sahen. Wieder und wieder schrieben sie der IKG Wien und baten um Hilfe. Sie ersuchten die Jüdische Kultusgemeinde in Mährisch-Ostrau zu intervenieren. Sie wandten sich an die Jüdische Gemeinde in Lublin, an den Joint – verzweifelte Hilferufe, die immer wieder verbunden waren mit der Klage und dem Unverständnis darüber, dass sie von der eigenen Gemeinde noch nichts gehört

27 Dokument 11, S. 629.

hatten. Auch von den Wiener Juden, die die Demarkationslinie überschritten hatten, gelangten Telegramme und Briefe aus Lemberg nach Wien.²⁸

Emil Eisner, der erste jüdische Lagerleiter in Zarzecze, schrieb der IKG Wien ebenfalls mehrfach mit der Bitte um Unterstützung. So heißt in seinem Brief vom 7. Dezember 1939:

„Ich weiss, dass die Wiener Kultusgemeinde und auch die Angehörigen der hiesigen Wiener heute nicht in der Lage sind, materiell dasselbe zu leisten, wie die Kultusgemeinden des Protektorats und es werden daher – wie bereits erwähnt – die Wiener in Verpflegung und Ausrüstung in keiner Weise von uns den Ostrauer Leuten gegenüber zurückgesetzt.²⁹ Gerade deswegen aber wäre es gut, wenn die Leute das Gefühl hätten, wenigstens moralisch von den in der Heimat Verbliebenen nicht vergessen zu sein; dazu wäre es bloss notwendig, dass Sie ab und zu ein paar herzliche Worte an die jüdische Lagerleitung richten würden; ich würde mit besonderer Freude den Angehörigen der Wiener Kultusgemeinde solche Grüsse verdolmetschen. Ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, dass dies bis jetzt nicht geschehen ist und ich hier die sehr undankbare Aufgabe auf mich nehmen muss, die Wiener Kultusgemeinde den hiesigen Lagerinsassen gegenüber in Schutz zu nehmen. Die nicht besonders gute Stimmung der Wiener ist nicht zuletzt auf dieses Verhalten der Wiener Kultusgemeinde zurückzuführen.“³⁰

In gleicher Art kritisierte die Kultusgemeinde in Mährisch-Ostrau ihre Wiener Kollegen und auch der Judenrat in Lublin drückte sein Unverständnis aus.

In Wien wurden durchaus Versuche unternommen, den Deportierten zu helfen. Anfangs war es der IKG untersagt, Kontakt mit den Deportierten aufzunehmen,³¹ offensichtlich kamen zudem Briefe erst sehr verzögert an, auch sind möglicherweise Schreiben verloren gegangen. Aus dem Januar 1940 sind mehrere Briefe überliefert, in denen von der späten Ankunft mancher Schreiben die Rede ist. Die Verantwortlichen in Wien betonten in einem Brief an einen der Deportierten, „dass wir Ihr und Ihrer Kameraden Schicksal mit herzlicher Anteilnahme verfolgen und gerne alles tun wollen, was zur Erleichterung Ihres Le-

28 Siehe zahlreiche, hier nicht eigens zitierte Briefe in: Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2747.

29 Die Gemeinde in Mährisch-Ostrau durfte die Deportierten mit Lebensmitteln und Decken unterstützen.

30 Dokument 1, S. 613 f. Hervorhebung im Original.

31 Moser, Nisko, S. 146.

„Die Lage ist unter diesen Umständen sehr unsicher“ 219

bens dienen kann. Leider bestehen diesbezüglich soviel Schwierigkeiten, dass es nicht leicht ist, Ihren Wünschen überhaupt und mit der gebotenen Raschheit zu entsprechen.“³²

Die IKG Wien bemühte sich wiederholt darum, dass die Gemeinde in Mährisch-Ostrau auch die Wiener Deportierten unterstützte. Sie versicherte, die dabei entstehenden Kosten, sobald ihr dies genehmigt worden sei, zu erstatten. Offenbar stand die Wiener Gemeinde durch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung unter erheblich strengerer Kontrolle und unter stärkerem Druck als diejenige in Mährisch-Ostrau. Die Kultusgemeinde in Mährisch-Ostrau durfte mit offizieller Erlaubnis ein Lastauto mit Lebensmitteln und warmen Decken für den Winter nach Nisko schicken, sie verschuldete sich, um den Deportierten helfen zu können. In Wien gestattete Eichmann, der die Gelder der Juden in Wien halten wollte, am 27. Dezember 1939 die einmalige Sendung von 2.000 Reichsmark zur Unterstützung der Deportierten und erst im Januar 1940 erhielt die IKG Wien die Erlaubnis, „Liebesgabenpakete“ nach Nisko zu schicken.³³

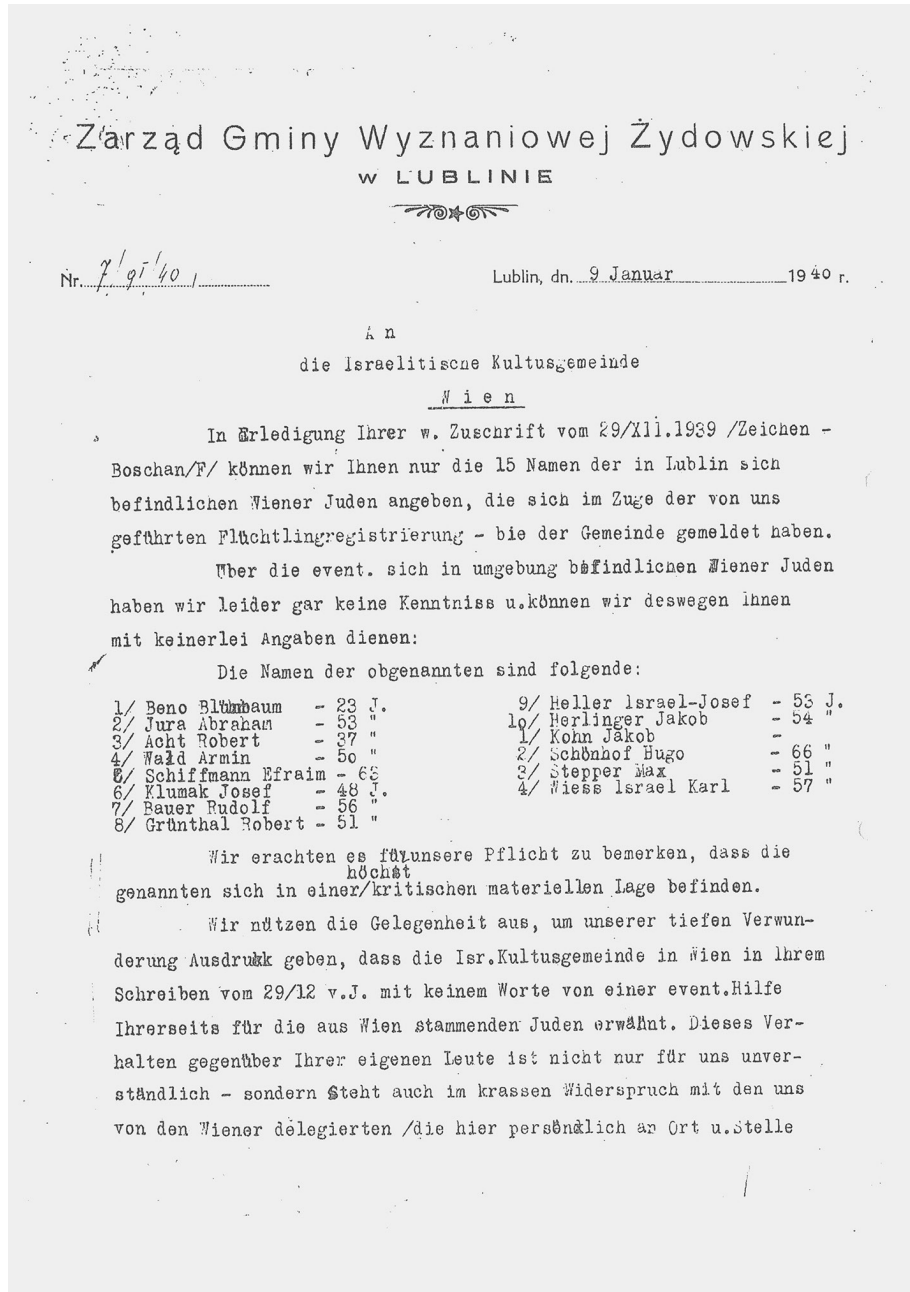
In dem bereits eingangs zitierten Schreiben der IKG Wien vom 7. Januar 1940 an Siegmund Flieger in Bełżec ist die Problematik, um die es hier geht, prägnant ausgedrückt:

„Ich möchte den Anlass nicht vorüber gehen lassen, ohne wie schon so oft nachdrücklichst festzustellen, dass die Mitwirkung der Kultusgemeinde bei diesen Aktionen nicht ihrer Initiative entsprang und einzig und allein von der Absicht geleitet war, die Nominierung der Teilnehmer an den Transporten und die Durchführung der letzteren selbst unter möglicher Vermeidung von Härten zu bewirken. Dies ist uns, soweit es die Verhältnisse möglich machten, auch gelungen. Auf die weitere Entwicklung der Angelegenheit sind wir leider ganz ohne jeden Einfluss. [...] Ich wäre Ihnen auch persönlich dankbar, wenn Sie auch unter Ihren Kameraden diese Tatsache bekannt geben würden. Ich wiederhole Ihnen die Versicherung, dass Ihr Schicksal uns sehr nahe geht und dass wir glücklich wären, wenn wir es günstig beeinflussen könnten. Leider stehen diesem Bestreben Hindernisse mannigfachster Art entgegen.“³⁴

32 VfZ Dokument 7.

33 Vgl. Friedman, Löwenherz-Bericht, S. 22 f.; Goshen, Nisko, S. 101; Ludmila Nesládová, Eine Episode in der Geschichte des Dritten Reichs – Das Lager in Nisko und die Juden aus dem Ostrauer Gebiet, in: Hefte von Auschwitz 22 (2002), S. 343–362, hier 357.

34 Dokument 8, S. 623.



Der Judenrat in Lublin drückte am 9. Januar 1940 der IKG Wien gegenüber sein Unverständnis über ausbleibende Hilfeleistungen für die aus Wien deportierten Juden aus.

Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2747

wären/ gegebenen Versprechungen, dass der jüdischen - sich derzeit in einer so schweren u.kritischen Lage befindlichen Kultusgemeinde in Lublin- alles was wir aus unseren - sehr armen Geldbeständen - für die Wiener Flüchtlinge aufgeben werden - prompt mit Dankbarkeit retourniert werden wird.

Darauf sich stützend - haben wir sowohl den in Peizec bei der Sowietgrenze - wie auch den in Lublin sich befindlichen Wienern Unterstützungen erteilt, deren Gesamtbetrag 1000 z1 bereits überschritten hat.

Nun werden Sie wohl gefl.verstehen, dass wir darüber unsere Verwunderung aussprechen müssen - sowie auch, dass wir in Zukunft die Behandlung den Wienern Juden gegenüber unsererseits von dem Einhalten des uns gegebenen Versprechens abhängig machen werden.

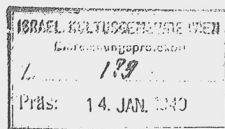
Hochachtungsvoll

Præs des Vorstandes:

S. H. ...

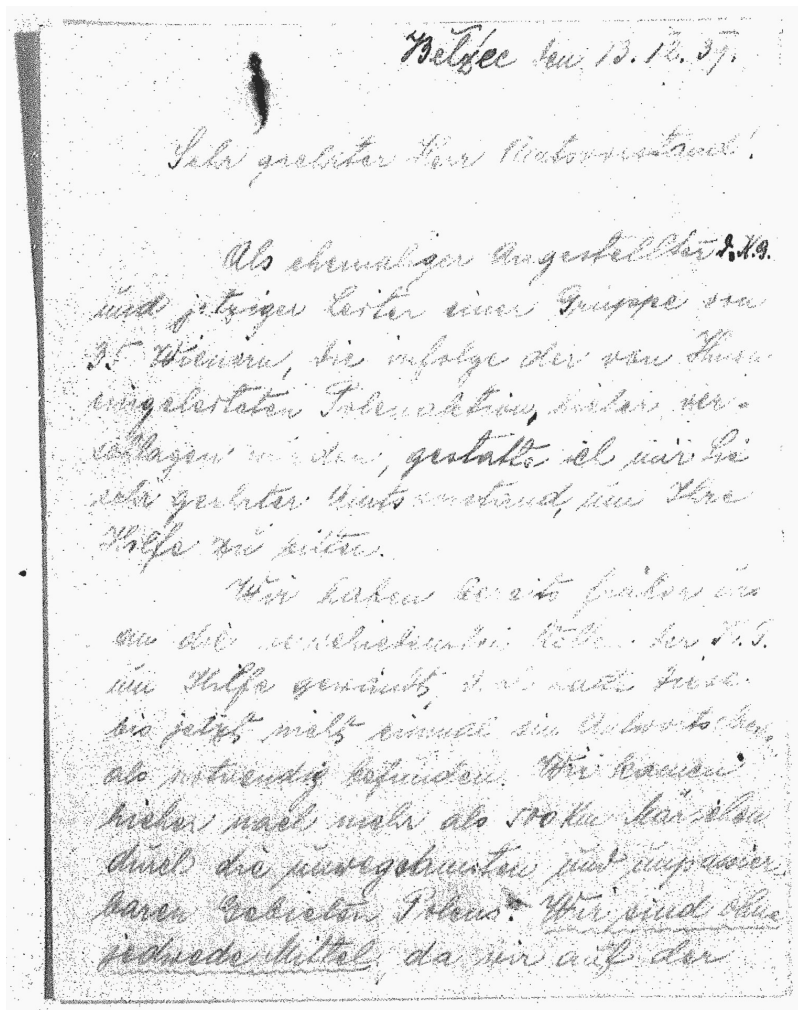
Præs der Exec. Commission

J. ...



Herrn A. V. ...

In seinem Brief vom 13. Dezember 1939 hatte Flieger die IKG Wien für die Deportationen verantwortlich gemacht: Er sei „Leiter einer Gruppe von 35 Wienern, die infolge der von Ihnen eingeleiteten Polenaktion hierher verschlagen wurden“.³⁵



Erste Seite eines Briefes von Siegmund Flieger an die IKG Wien

Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2747

Dieser und andere Briefe zeigen: Der Einfluss der Wiener Zwangsvertretung wurde von den ZeitgenossInnen maßlos überschätzt. Löwenherz und seine Kollegen konnten hier und da die Situation in kleinen Nuancen verändern, und dies zu tun, bemühten sie sich – auf die Entwicklung im Ganzen, auf die Entschei-

35 Dokument 2, S. 614 [Hervorhebung durch die Verfasserin].

„Die Lage ist unter diesen Umständen sehr unsicher“ 223

dungen der Machthaber hatten sie keinen Einfluss, was diese ihnen auch immer wieder deutlich demonstrierten.

Handlungsspielräume der Judenräte

Dieser Konflikt ist vergleichbar mit dem zwischen den Judenräten und der Bevölkerung in den Ghettos in der Folgezeit. Um Schlimmeres zu verhindern, so lautete oftmals die Argumentation auf Seiten der jüdischen Funktionäre, sei Kooperation notwendig. Dieses Muster findet sich bei den hier dokumentierten Deportationen Wiener Juden im Herbst 1939, so argumentierte aber auch beispielsweise Mordechai Chaim Rumkowski, der Judenälteste von Litzmannstadt/Lodz, als er gemeinsam mit seiner Verwaltung im Jahr 1942 die Jüdinnen und Juden auswählen musste, die aus dem Ghetto deportiert werden sollten – diese Transporte gingen in das Vernichtungslager Kulmhof (Chełmno), wo die Menschen unmittelbar nach ihrer Ankunft ermordet wurden. Rumkowski war stets davon ausgegangen, dass er das Getto und seine BewohnerInnen dadurch retten könnte, wenn diese für die deutschen Besatzer arbeiteten. Mit Beginn der Deportationen wiederum sah er die Mitwirkung seiner Verwaltung an der Organisation der Transporte als eine Art Schadensbegrenzung. Anfangs ge-



Mordechai Chaim Rumkowski, der sogenannte Judenälteste des Ghettos Litzmannstadt/Lodz

Staatsarchiv Łódź

lang es ihm sogar, und dies schien seine Sichtweise zu bestätigen, die geforderte Zahl zu Deportierender herunterzuhandeln. Dies war freilich nur ein temporärer und scheinbarer Erfolg.³⁶

Rumkowski versuchte bis zum Ende des Ghettos, die Befehle der Nationalsozialisten auszuführen, was ihm die Überlebenden nie verziehen. Er wurde im August 1944 als einer letzten Ghettobewohner nach Auschwitz deportiert und ermordet.³⁷

Die Einflussmöglichkeiten der Judenräte waren äußerst begrenzt wie auch weitere bekannte Beispiele demonstrieren. Im Gegensatz zu Rumkowski verweigerte der Vorsitzende des Judenrats im Warschauer Ghetto, Adam Czerniaków, seine Mitarbeit an den Deportationen in die Vernichtungslager. Czerniaków hatte bei seiner Ernennung zum Vorsitzenden der Gemeinde im September 1939 noch in sein Tagebuch geschrieben: „Eine historische Rolle im belagerten Warschau. Ich werde mich bemühen, ihr gerecht zu werden.“³⁸ Bis zum Sommer 1942 versuchte er unter katastrophalen Bedingungen, das Leben im größten von den Nationalsozialisten eingerichteten Ghetto zu lenken. Als diese jedoch von ihm forderten, an den am 22. Juli 1942 beginnenden Deportationen der Warschauer Juden und Jüdinnen in das Vernichtungslager Treblinka mitzuwirken, nahm er sich das Leben.³⁹ An der Deportation in den Tod änderte dies freilich nichts.

Die Bewertungen seitens der Bevölkerung differierten zwar, jedoch zollten die meisten dem Judenratsvorsitzenden Achtung für diesen Schritt. „Alle waren erschüttert“, schrieb Marcel Reich-Ranicki, „auch seine Kritiker, seine Gegner und Feinde, auch jene, die ihn noch gestern verspottet und verachtet hatten. Man verstand seine Tat, wie sie von ihm gemeint war: als Zeichen, als Signal, daß die Lage der Juden Warschaus hoffnungslos sei.“⁴⁰ Doch gab es auch Kritiker, vor allem auf Seiten der späteren Ghettokämpfer, die Czerniaków vor-

36 Michael Alberti, *Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945*, Wiesbaden 2006, S. 434, 442–445; Shmuel Krakowski, *Das Todeslager Chełmno/Kulmhof. Der Beginn der „Endlösung“*, Göttingen 2007, S. 31 f. Zu Rumkowski und seiner Bewertung siehe auch Michal Unger, *Reassessment of the Image of Mordechai Chaim Rumkowski*, Yad Vashem, Jerusalem 2004; Andrea Löw, *Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten*, Göttingen 2006.

37 Alberti, *Verfolgung*, S. 447 f.; Löw, *Juden*, S. 292; Józef Zelkowitz, *In diesen alpträumenhaften Tagen. Tagebuchaufzeichnungen aus dem Getto Lodz/Litzmannstadt, September 1942*, hrsg. u. kommentiert v. Angela Genger, Andrea Löw u. Sascha Feuchert, übersetzt aus dem Jiddischen v. Susan Hiep, Göttingen 2015.

38 *Im Warschauer Getto. Das Tagebuch des Adam Czerniaków 1939–1942*, München 1986, S. 4.

39 Zur Biografie vgl. Marcin Urynowicz, *Adam Czerniaków. Prezes getta warszawskiego*, Warszawa 2009.

40 Marcel Reich-Ranicki, *Mein Leben*, Stuttgart 1999, S. 250.

„Die Lage ist unter diesen Umständen sehr unsicher“ 225

warfen, seinen Tod zur Privatsache gemacht und nicht zu einem offenen Aufruf zum Widerstand genutzt zu haben. Ende Oktober 1942 wertete Emanuel Ringelblum Czerniakóws Selbstmord als „zu spät, Beweis seiner Schwäche“. „Er hätte“, so Ringelblum weiter, „zum Widerstand aufrufen sollen. Ein schwacher Mensch.“⁴¹ Die von Ringelblum und anderen geforderte Reaktion war selten, ein Beispiel für eine solche Reaktion zeigt sich in einem Protokoll einer geheimen Sitzung des Judenrats in Gniewosów, in dem diskutiert wird, dass die Juden informiert werden müssten, dass ihnen die Vernichtung bevorstehe und dass sie fliehen und sich verstecken sollten. Wir wissen nicht, wie viele dem Aufruf gefolgt sind.⁴²

Das Handeln der Judenräte hatte keinen Einfluss auf die Pläne der Nationalsozialisten. In vielen jüdischen Gemeinden gab es nicht nur einen Judenratsvorsitzenden: Die Besatzer tauschten die jüdischen Verantwortlichen aus, wenn sie nicht bereitwillig ihre Befehle ausführten, und am Ende standen oft skrupellose Befehlsempfänger an der Spitze der jüdischen Gemeinden.

So war es auch in Krakau, der Hauptstadt des im Oktober 1939 gebildeten Generalgouvernements. Hier versuchte der erste Judenratsvorsitzende, Marek Bieberstein, eine anerkannte und geschätzte Persönlichkeit, sich derart für die jüdische Bevölkerung einzusetzen, dass ihm dies schon im Sommer 1940 die Inhaftierung einbrachte. Er hatte versucht, mehr Juden als vorgesehen ein Bleiberecht in Krakau zu erkaufen, und begründete dies: „Ich war mir der Ungegesetzlichkeit meiner Handlungsweise bewußt. [...] Wenn ich trotzdem bewußt dagegen gehandelt habe, so habe ich das deshalb getan, weil ich glaubte, auf diese Weise meinen jüdischen Rassegenossen am besten als Obmann helfen zu können.“⁴³ Bieberstein wurde zu 18 Monaten Haft verurteilt, im Juni 1941 in ein Gefängnis in Tarnów verlegt und Ende Juli 1942 schwer herzkrank ins Krakauer Ghetto entlassen. Bei dessen Auflösung kam er ins Lager Plaszow,⁴⁴ wo er 1944 ermordet wurde. Zu seinem Nachfolger als Vorsitzender des Judenrats bestimmte der Krakauer Stadthauptmann im Herbst 1940 den Anwalt Artur Rosenzweig. Dieser zeigte sich aber im Juni 1942 während der Deportationen

41 Emanuel Ringelblum, *Kronika getta warszawskiego. Wrzesień 1939 – styczeń 1943*, hrsg. v. Artur Eisenbach, Warschau 1983, S. 409 (Übersetzung aus dem Polnischen). Siehe auch Markus Roth / Andrea Löw, *Das Warschauer Getto. Alltag und Widerstand im Angesicht der Vernichtung*, München 2013, S. 158–162.

42 VEJ 9/68.

43 AŻIH, 218/2, Bl. 6–9, abgedruckt in: Andrea Löw / Markus Roth, *Juden in Krakau unter deutscher Besatzung 1939–1945*, Göttingen 2011, S. 37 f., hier 38.

44 Wenn es um von den Deutschen eingerichtete Lager geht, wird hier die Schreibweise ohne polnische Schriftzeichen benutzt, um die Lager von den polnischen Ortschaften abzugrenzen.

in das Vernichtungslager Belzec nicht kooperativ genug und wurde daraufhin selbst deportiert und ermordet. Sein Nachfolger Dawid Gutter setzte die deutschen Anweisungen offensichtlich um. Dies war, wie Aharon Weiss schon früh in seinen Forschungen belegte, ein typisches Muster: Er unterscheidet erste, zweite und dritte Judenräte. Letztere wurden von Überlebenden fast ausnahmslos negativ beurteilt.⁴⁵

Die verschiedenen Handlungsformen von Judenräten im deutsch besetzten Europa können hier nicht angemessen dargestellt werden, sie sollten nur im Zusammenhang mit den Deportationen nach Nisko cursorisch skizziert werden. Es gab Vorsitzende, die von Anfang an eng mit dem Widerstand zusammenarbeiteten und in der Bevölkerung geschätzt wurden, andere Judenräte wurden nach dem Krieg sehr kontrovers diskutiert, oft ging es hierbei um den Vorwurf der Kollaboration, darum, dass die jüdischen Gemeinden die Deutschen bei der Durchführung ihrer mörderischen Pläne unterstützt bzw. diese zumindest erleichtert hätten. Seit etwa den 1970er Jahren wird genauer nach den Handlungsoptionen, Interpretationen und Intentionen der Judenräte gefragt und betont, die Geschichte der Judenräte könne nicht allein von ihrem Ausgang her betrachtet werden. In der Tat gingen die Strategien der Judenräte nicht auf. Yehuda Bauer betonte „das unlösbare Dilemma, vor dem diese Judenräte standen“. Letztlich mussten sie scheitern, da Überleben in dem System, innerhalb dessen zu agieren sie gezwungen waren, gar nicht vorgesehen war. Es war kaum möglich, einen Interpretationsrahmen zu entziffern und „richtig“ zu handeln. An der Umsetzung ihrer mörderischen Pläne konnten die Judenräte die Deutschen nicht hindern, wie die wenigen Beispiele gezeigt haben.⁴⁶

45 Vgl. Aharon Weiss, *Jewish Leadership in Occupied Poland – Postures and Attitudes*, in: *Yad Vashem Studies* 12/1977, S. 335–365. Siehe zu Krakau Löw / Roth, *Juden*, S. 38, 140 f.; Andrea Löw / Agnieszka Zajączkowska-Drożdż, *Leadership in the Jewish Councils as a Social Process. The Example of Cracow*, in: Frank Bajohr / Andrea Löw (Hrsg.), *The Holocaust and European Societies. Social Processes and Social Dynamics*, London 2016, S. 189–205.

46 Yehuda Bauer, *Die dunkle Seite der Geschichte. Die Shoah in historischer Sicht. Interpretationen und Re-Interpretationen*, Frankfurt/M. 2001, S. 166. Vgl. etwa Isaiah Trunk, *Judenrat: The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation*, New York 1972; Weiss, *Leadership*; Yisrael Gutman / Cynthia J. Haft (Hrsg.), *Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europe 1933/45 (Proceedings of the Third Yad Vashem International Historical Conference, Jerusalem, April 1977)*, Jerusalem 1979. Vgl., auch zu weiteren Überblicken über die umfangreiche Literatur zum Thema, ebenfalls Dan Michman, „Judenräte“ und „Judenvereinigungen“ unter nationalsozialistischer Herrschaft. Aufbau und Anwendung eines verwaltungsmäßigen Konzepts, in: *ZfG* 46 (1998), S. 293–304; Freia Anders / Katrin Stoll / Karsten Wilke (Hrsg.), *Der Judenrat von Białystok. Dokumente aus dem Archiv des Białystoker Ghettos 1941–1943*, Paderborn et al. 2010.

„Die Lage ist unter diesen Umständen sehr unsicher“ 227

„Heimkehr“

Im hier dokumentierten Fall war es die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, die die jüdischen Funktionäre in eine Situation brachte, in der jede Entscheidung, jede Handlungsweise auf Kritik zumindest von Teilen der jüdischen Bevölkerung stoßen musste. Dieses Muster zieht sich durch die gesamte spätere Verfolgungsgeschichte. So wie die Israelitische Kultusgemeinde Wien ein Modell für spätere Judenräte war, nahmen die Konflikte in Wien im Herbst 1939 das Dilemma der Judenräte bei den Deportationen in die Vernichtungslager vorweg. Die hier vorgestellten Briefe dokumentieren den ersten großen Konflikt zwischen den jüdischen Funktionären und den Angehörigen ihrer Gemeinde angesichts der Organisation einer von den Nationalsozialisten angeordneten Deportation. Sie zeigen jedoch auch auf eindrucksvolle Weise, in welcher katastrophale Lage mehrere Hundert Wiener Juden direkt nach Kriegsbeginn gebracht wurden: Fern von der Heimat, ohne ihre Angehörigen, voller Ungewissheit über ihr Schicksal, versuchten sie, notdürftig ihr Leben zu organisieren, wobei es zunächst um die bloße Sicherung der Existenz ging. Sie waren in einer fremden Welt gelandet und mussten sich unter schwierigsten Bedingungen irgendwie zurechtfinden.

Das Beispiel dieser Deportationen und vor allem das Ende des Barackenlagers in Zarzecze führen zudem deutlich vor Augen, wie undurchsichtig die Situation im Herbst 1939 und im Frühjahr 1940 war und wie verwirrend dies für die betroffenen Juden gewesen sein musste, denn sie durften, nachdem wiederum Juden aus Pommern im Februar 1940 in den Distrikt Lublin deportiert worden waren, in ihre Heimat zurückkehren – ein in der Geschichte des Holocaust wohl einzigartiger Fall. Das Barackenlager in Zarzecze wurde im April 1940 aufgelöst. Von mehreren Tausend Deportierten konnten insgesamt 516 Männer, darunter 198 Wiener Juden, mit in Krakau ausgestellten Entlassungsbescheinigungen versehen, mit dem Zug nach Hause zurückkehren. Unter den Heimkehrern waren auch die Verfasser der hier zitierten Briefe, die in anderen Ortschaften untergekommen waren. Sie waren aufgefordert worden, sich registrieren zu lassen und sich wieder in Zarzecze einzufinden, um mit den dort Inhaftierten nach Nisko zu gehen und in den Zug nach Wien zu steigen. Ihr Überleben sicherte dies jedoch nicht: Die meisten von ihnen wurden später von Wien aus „in den Osten“ deportiert und ermordet.⁴⁷

47 Moser, Nisko, S. 162 f.